

Informationen zur Datenverarbeitung

(Stand: 12.03.2024)

Die nachfolgenden Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten werden Ihnen gemäß Artikel 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung, DSGVO) zur Verfügung gestellt.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Landratsamt Ebersberg
Amtsleitung
Eichthalstr. 5
85560 Ebersberg

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

Organisationseinheit	Sachgebiet 33 - Öffentliche Sicherheit, Gemeinden
Telefon:	08092/823-657
Fax:	08092/823-9657
E-Mail:	waffenrecht@lra-ebe.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landratsamt Ebersberg
Behördlicher Datenschutzbeauftragter
Eichthalstr. 5
85560 Ebersberg

Telefon:	08092/823-118
Fax:	08092/823-9118
E-Mail:	datenschutz@lra-ebe.de

3. Datenverarbeitung

- Die Datenerhebung erfolgt beim Betroffenen. Die Art der zu verarbeitenden personenbezogenen Daten ergibt sich aus:
- den Anträgen zur Erteilung/Verlängerung/Ergänzung von waffenrechtlichen Erlaubnissen

4. Zwecke und Grundlagen der Datenverarbeitung

Um waffenrechtliche Bestimmungen zu vollziehen, d.h. zum Beispiel über Anträge zu entscheiden, müssen wir Ihre persönlichen Daten erheben.

Ihre Daten als Antragsteller bzw. Antragstellerin werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DSGVO in Verbindung mit §§ 37 f und 43 WaffG verarbeitet.
Ihre Daten als Bevollmächtigter werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) DSGVO verarbeitet.

5. Automatisierte Entscheidungsfindung

Es findet

- keine automatisierte Entscheidungsfindung statt.
- eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling statt, Art. 22 DSGVO.

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Die personenbezogenen Daten werden erforderlichenfalls folgenden Empfängern bzw. Kategorien von Empfängern zugänglich gemacht:

innerhalb des Verantwortlichen:

- Waffen- und Sprengstoffbehörde
- Jagdbehörde
- Sachbearbeiter für Unterbringungen
- Mitarbeiter der Registratur
- Kreiskasse
- Bereich IT-Infrastruktur und Service: Im Falle der Behebung einer Systemstörung ist der Zugriff auf personenbezogenen Daten nicht auszuschließen.

Auftragsverarbeiter:

- sorgfältig ausgewählter IT-Dienstleister, der nur im Rahmen der strengen Auflagen einer Datenverarbeitung im Auftrag für das Landratsamt Ebersberg tätig wird

Dritte (außerhalb des Verantwortlichen):

- Personenbezogenen Daten können im Zuge der Zuverlässigkeitsprüfung nach § 5 WaffG und der Überprüfung der persönlichen Eignung nach § 6 WaffG an für die im Erteilungs- und Beurteilungsprozess relevanten Behörden weitergeleitet werden. Darunter fallen das Nationale Waffenregister (NWR), das Bundeszentralregister (BZR), die Meldebehörde (EMA), das Zentrale Staatsanwaltliche Verfahrensregister (ZStV), die zuständigen Polizeidienststellen, das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz (LfV), Internal Market Information System (IMI) sowie zuständige Amts- bzw. Fachärzte und -psychologen.
- Darüber hinaus werden Ihre personenbezogenen Daten um über Ihren Antrag entscheiden zu können, den Leistungsmissbrauch öffentlicher Mittel zu verhindern, Sicherheitsbedenken zu prüfen, falls dies erforderlich und gesetzlich erlaubt ist, weitergegeben an:
 - Industrie- und Handelskammer (IHK)
 - Waffenhändler
 - Schießsachverständige
 - Insolvenzgericht
 - Verwaltungsgericht und Prozessvertretung (bei Klageverfahren)

- Zoll
 - Andere Waffenbehörden
- Falls es erforderlich und gesetzlich zulässig ist, werden Ihre Daten auch an die zuständigen Behörden Ihres Heimatstaats weitergegeben.

Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation:

- Es ist grundsätzlich nicht geplant, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation zu übermitteln; außer wenn das erlaubt und zum Vollzug der waffenrechtlichen Vorschriften zwingend erforderlich ist. Allerdings werden Ihre Daten über die zuständigen Registerbehörden in unterschiedlichen Registern gespeichert, auf welche ggf. auch Behörden anderer Mitgliedsstaaten der Europäischen Union Zugriff haben (z.B. Internal Market Information System (IMI)).

7. Dauer der Speicherung

Ihre Daten werden nach der Erhebung in der antragsbearbeitenden Stelle bei dieser für folgende Dauer gespeichert:

- Ihre Daten werden so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die genannten Zwecke erforderlich ist. Die Aufbewahrungsfrist beträgt gemäß Aktenplankennzeichnung 1350 (Waffen und Munition) und 1351 (Waffenbesitzkarten und Waffenscheine) des Bayerischen Einheitsaktenplans maximal 20 Jahre nach Abschluss der waffenrechtlichen Akte, gemäß 1352 (Schießstätten) 10 Jahre nach Erlöschen der Erlaubnis.

8. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) insbesondere folgende Rechte:

- Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO);
- Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Art. 16 DSGVO);
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DSGVO zutrifft.
- Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Art. 17 Abs. 3 DSGVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DSGVO.
- Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 Abs. 1 lit. b, c und d DSGVO)

Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.

- Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person

überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 31 DSGVO).

9. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet wurden. Die Beschwerde ist zu richten an:

Bayerischer Landesbeauftragter für den Datenschutz (BayLfD)
Postanschrift: Postfach 22 12 19, 80502 München
Hausanschrift: Wagnmüllerstraße 18, 80538 München

Telefon:	089/212672-0
Fax:	089/212672-50
Kontaktformular:	https://www.datenschutz-bayern.de/service/complaint.html